



wir nicht gemüßigt. Das soll man uns doch endlich glauben. Hätten die öffentliche Wahl durchsetzen können, wir hätten mit aller W. in darauf bestanden. Denn wir tragen sehr schwer an der Vera. waltung für die Beilegung der öffentlichen Wahl. Das widerlegt auch die Behauptung, als seien wir der Linken mit leeren Händen gegenübergetreten. Wir haben entgegen unserer Uebersetzung die geheime Wahl. Unser geistiger Antrag sollte unsere Stellungnahme, wie sie auch ausrief, vor dem Lande verdeutlichen. Die Stimmabgabe eines Teils von uns vor erzwingen dadurch, daß die Wahl der Nationalliberalen nicht geschah. Herr v. Seydewitz habe die Nationalliberalen als faktischen Zusammenschluss der Sozialdemokratie bezeichnet, beruht auf einem Mißverständnis. Bereiben wir auch solche den Ton veräufelnde Debatten! Sonst kommt in den Reden und Mitteilungen nicht die wirkliche Uebersetzung, sondern ein Geßel der Verärglung zum Ausdruck. Wir haben bei jeder Gelegenheit und in lokaler Weise das Gesagte zu fördern, das wir dringend brauchen. (Beifall) Zustimmung regis. u. i. 3tr.)

Abg. Dr. Jagndke (Sp.):

Die Zugeländnisse des Zentrums und der Rechten bei der Wahlreform sind nur Scheinentscheidungen. Beide haben alle Verbesserungsvorschläge der hiesigen Linken niederschreiben lassen (links). Das Herr v. Seydewitz ein Zusammenstoßen aller kürzeren Parteien bei diesem Gegenstande wünscht, ist bezweifelhaft. Es kam ihm so gelegen, daß die übrigen Parteien ihm eine Kundgebung geben. Hoffentlich tun die Nationalliberalen das nicht, wir tun es unter keinen Umständen. (Braus! links.) Hätten Zentrum und Rechte direkt und geheime Wahl beigestimmt, so wäre das wenigstens etwas gewesen. Aber das Gegenteil ist geschehen, und das können Zentrum und Rechte auch allein verantworten, was sie allein gemacht haben. Ihre Wähler werden hoffentlich strenge Rechenschaft von Ihnen fordern. (Beifall links.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag Hobrecht wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt und § 5 mit den Stimmen der Konserwativen und des Zentrums angenommen.

Die §§ 6 und 7 werden zusammen verhandelt. § 6 bestimmt die Anordnung der Stimmzettel bei der Abstimmungsabgabe, und § 7 legt die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke fest. Die Kommission hat die Summe des Betrages, der für jeden zur Staatskommissionenher nicht veranlagten Wähler zur Anrechnung kommt, von 3 Mk. auf 4 Mk. erhöht. Hierzu beantragen die Abg. Dr. v. Wendt und G. (fr.) für Gemeinden mit mehreren Stimmbezirken die Einteilung der Wähler in Abteilungen einheitlich für die ganze Gemeinde, und als Eventualantrag die Zusammenlegung von je 6 Stimmbezirken in Gemeinden mit mehr als 10 000 und von je 10 Stimmbezirken in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern zur Einteilung der Wähler in die Abteilungen.

Ein Antrag Hobrecht und Gen. (nl.)

will gleichfalls in Gemeinden mit mehreren Stimmbezirken die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde, und wenn sie mehrere Wahlbezirke umfaßt, für jeden Wahlbezirk. Als Eventualantrag beantragen die Nationalliberalen, bis zu 25 000 Einwohnern die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde, für Gemeinden mit 25 000 und mehr Einwohnern die Einteilung für Bezirke von nicht weniger als 10 000 und nicht mehr als 20 000 Einwohner. Die Maximierung von 5000 Mk. beantragen die Nationalliberalen zu streichen und den Betrag, der für jeden zur Staatskommissionenher nicht veranlagten Wähler zur Anrechnung gebracht wird, von 4 auf 5 Mk. zu erhöhen. Schließlich beantragen die Nationalliberalen, daß die erste Abteilung aus mindestens 16, die zweite Abteilung aus mindestens 30 Wählern bestehen muß. Ein Antrag Kronmüller u. Gen. (Sp.) verlangt, daß die erste Abteilung mindestens 16, die zweite mindestens drei Zehntel der Wähler enthalten muß.

Ein Antrag v. Demitz (lon.) und Dr. Dierhoff (fr.)

will für Stadtkreise die Maximierung von 5000 auf 10 000 Mk. erhöhen, und will die Maximierung vom 1. Januar 1915 ab alle 5 Jahre um je 1000 Mk. erhöhen.

Abg. Borgmann (Sp.)

verliert bei diesem Vorschlage allgemeine politische Ausführungen zu machen, wird aber vom Vizepräsidenten Dr. Porck mehrfach unterbrochen.

Abg. Mallesch (lon.):

Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß das Nützlichste an dem wohlgefügten Bau des jetzigen Wahlrechts besser unterbleiben möge. Nachdem aber die Reform durch ein königliches Wort in der Kammer angehängt war, waren wir verpflichtet, dieses königliche Wort anzunehmen. Herr Borgmann sprach von einem gefährlichen Spiel, das wir nicht spielen dürfen. Das ist derselbe Herr Borgmann, der das Volk aufpeitschen will, der hier sagte, wenn Preußen wieder einmal in so großer Gefahr sei, wie nach Jena, werde die Sozialdemokratie ihre Maßnahmen treffen. (Witze rechts.) Wir sind nicht der Linken mit leeren Händen entgegengetreten, wir müssen aber auch Gegenstände sehen. Die Ditteltung entspricht am besten den Interessen des Mittelstandes, und ich bin bisher nicht in der Lage, da eine Änderung unseres Standpunktes in Aussicht zu stellen. Im gegenwärtigen Stadium halten wir an den Kommissionsbeschlüssen fest. (Beifall rechts.)

Abg. Waldstein (Wolsp.):

Die Konserwativen sind jetzt für eine Reform, weil ihnen die Konjunktur günstig ist. Sie können etwas schaffen, was den Anschein einer Reform hat, ohne tatsächlich eine solche zu sein. Der Abg. v. Seydewitz hat zwei Lieben zu vergeben, eine an das Zentrum und eine an die Nationalliberalen. Wer der Widerstand überwindet, ist mit dem wird die Reform gemacht. Den Antrag auf allmähliche Erhöhung der Maximierungsgrenze lehnen wir ab. Wir wollen keine Verfassung auf Vorrat machen.

Abg. Hausmann (nl.):

Wenn das Zentrum sich dazu bereit erklärt, den Antrag Demitz-Dierhoff anzunehmen, werden wir unsere Anträge zurückziehen. Wenn wir auf dem Boden der Vermittlung treten, so hoffe ich, daß das Zentrum das Gleiche tut.

Minister v. Nolde:

Den Antrag von Demitz-Dierhoff hält die Regierung einer einigen Erwägung wert und lehnt ihm grundsätzliche Bedenken nicht entgegen. (Hört, hört! links.)

Abg. Frhr. v. Jählich (freilon.):

Von der Gestaltung, die der § 6 schließlich bekommt, hängt unsere Stellungnahme zu dem ganzen Gesetz ab. Deshalb ist die Beschlußfassung über § 6 für uns von der größten Wichtigkeit. Die Ditteltung in den Wahlbezirken hat zu solchen Unannehmlichkeiten geführt, daß wir in den Anträgen, die diese Ditteltung dem Dreifachwahlrecht sind, eine schwere Gefährdung dieses Wahlrechts sehen. (Sehr rühmlich! links.) Die Ditteltung in den Wahlbezirken steht in direktem Widerspruch zum Grundgedanken des Dreifachwahlrechts. Sie führt auch zu einer schweren Beeinträchtigung des Einflusses des Mittelstandes in den Ständen. Wenn man die Ditteltung in den Wahlbezirken bis zum Ende durchdenkt, dann kommt man schließlich zum gleichen Wahlrecht als notwendiger und sicherer Konsequenz.

mid gegen die Einsen angenommen. In der Abstimmung wird der Antrag Demitz-Dierhoff gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freikonserwativen und etwa den vierten Teil der Konserwativen abgelehnt. Abgelehnt werden ebenso sämtliche übrigen Änderungsanträge. Die §§ 8 und 7 werden gegen die Stimmen der Linken in der Fassung der Kommission angenommen.

Die §§ 8, 9, 10 und 11 werden gemeinsam beraten. Sie enthalten die Vorschriften über die Privilegien. Die Kommission hat diese im Vorschlage gezeichnet, so daß alle Konserwativen über die Privilegien in Wegfall kämen. Ein Antrag v. Hrens: Klein-Wilke und Gen. will den zweiten Abteilung diejenigen Wähler dritter Abteilung zuweisen, die vor wenigstens 12 Jahren die zum akademischen Studium berechtigende Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt bestanden haben. Dasselbe Privileg will der konserwative Antrag den Wählern dritter Klasse einräumen, die entweder dem Reifejahr oder dem preußischen Landtage oder den Verwaltungsvereinigungen und Berufsvereinigungen und schließlich im unbescholtenen Ehrenamt des Verwaltungsvorstandes in Stadt und Land angehört oder wenigstens 10 Jahre lang angehört haben. Ein Antrag Bieder (freilon.) will die §§ 8, 9 und 10 in der Fassung wiederherstellen, daß der nächst höheren Abteilung zugewiesen werden sollen solche Wähler, die entweder vor wenigstens 10 Jahren in Preußen eine Prüfung bestanden haben, zu deren Ablegung das Bestehen der Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt und ein Studium an einer Universität oder sonstigen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder dem Reifejahr, dem preußischen Landtag angehört oder wenigstens 7 Jahre lang angehört haben oder gewählte Mitglieder einer Verwaltungsbehörde oder einer Staatsanwaltschaft sind oder 7 Jahre lang waren. Der zweite Abteilung sollen diejenigen Wähler dritter Abteilung zugewiesen werden, die entweder vor wenigstens 12 Jahren die zum akademischen Studium berechtigende Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt bestanden haben oder in unbescholtenen Ehrenamt Mitglied der städtischen oder ländlichen kommunalen Behörde oder Vorsteher einer Innung sind oder 7 Jahre lang waren. Bei Berechnung der siebenjährigen Frist soll unberücksichtigt bleiben die Unterbrechung, die durch den Ablauf der Wahl- oder Amtperiode eingetreten ist, wenn sie durch Wiederauftritt oder erneute Berufung oder Ernennung beendet worden ist. Ein Antrag Dr. Friedberg, Schiffer und Dr. Wampe (nl.) will den Antrag Bieder mit der Maßgabe annehmen, daß auch die Prüfung für den höchsten Verwaltungsdienst im Reife- oder Staatsdienst für das Aufstehen in die nächsthöhere Abteilung als Vorbedingung gelten soll. Er will weiter die Einschränkung, daß eine frühere Mitgliedschaft zu dem Antrag Bieder gemeintem Wahlrecht und in der Wahlberechtigung nicht mehr freizugehen, dem Vorschlage hinzuzufügen und die Mitgliedschaft zu einem Reifejahr oder einer Stadtverordnetenversammlung ohne die Einschränkung einer jährigen Angehörigkeit in den Antrag Bieder aufnehmen.

Abg. v. Gelsler (lon.):

Wir halten auch hier an dem alten Grundsatze fest, an der Steuerleistung. Wir wollen aber die Besteuerungssorge insofern entgegennehmen, als dem Reifejahr die Steuerleistung noch eine besondere Berücksichtigung an Bildung, gemeinsinniger Tätigkeit oder Bewährung im Staatsdienste forder. Unser Antrag ist einfacher, als die Regierungsvorlage. Die Nationalliberalen wollten das Gleiche in der Kommission. Öffentlich kommen wir wenigstens hier zu einer Verständigung. (Beifall rechts.)

Abg. Bieder (freilon.) begründet seinen Antrag.

Abg. Krüger (Wolsp.):

Wir lehnen die Anträge ab. Durch bezügliche Begünstigungen einzelner Kreise werden andere Kreise verletzt. Wenn das Vaterland in Not ist, fragt man nicht, wer ist Wähler erster Klasse, wer Wähler zweiter, dritter Klasse; dann sind wir alle gleich. Darum sollte man auch die Staatsbürger bei der Wahl als gleich ansehen. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Holtz:

Die Regierung empfindet schmerzlich die Mühe, die dadurch entfallen ist, daß man nur die Steuerleistung in Betracht zieht. Sie würde es sehr behauern, wenn nicht auch andere Momente, wie vor allem die Bildung, maßgebend sein sollten.

Abg. Dr. v. Campe (nl.):

Unser Antrag will nicht die Examenweise begünstigen. Wir wollen nur die Bewährung im öffentlichen Leben und in Staats-, Kommunal- und Ehrenämtern privilegieren. Gleichzeitig wird damit ein anderes Element erfaßt: Erfahrung und Alter. Ein Schlußantrag wird angenommen. In einer persönlichen Bemerkung will Abg. Zeinert (Sp.) dem Zentrum vor, daß es sich auch hier wieder als Stallmiedel der Konserwativen gezeigt habe. Es folgt die Abstimmung. Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt mit Ausnahme des konserwativen Antrages, der die Wähler dritter Klasse in die zweite Klasse versetzen will, welche vor wenigstens 12 Jahren die Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt bestanden haben. Alle übrigen Privilegien fallen nach wie vor weg. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung, Sonnabend, den 12. März 1910, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Bermuth, Wadergapp, v. Breitenbach.

Abg. Storz (Wolspartei)

macht in der dritten Lesung des Gottwardbahn-Vertrages darauf aufmerksam, daß die Ableitung des größten Teiles des deutschen Personenverkehrs nach Italien über den Brenner-Württemberg-Gebirge und bittet um Verbesserung der Zufahrtswege zur Gottwardbahn. Der Gottwardbahnvertrag wird in dritter Lesung verabschiedet.

Weim Etat für den allgemeinen Pensionsfonds bringt Abg. Dr. Hermes (Wolspartei)

zur Sprache, daß Militärärzte, die nach ihrer Verabschiedung eine Zivilapothek übernehmen, die Pension weiter beziehen.

Die Etats des Reichsinvalidenfonds und Rechnungshofs werden debattelos erledigt.

Etat der Reichseisenbahnen.

Abg. Schwabach (nl.)

erstattet den Kommissionsbericht.

Abg. Dr. Will (essl. 3tr.)

wünscht ein langsames Tempo bei der Vernehmung der Betriebsmittel, damit die reichslandwirtsch. Industrie in der Lage ist, den Bedarf selbst zu decken. Der Redner fordert

bessere Eisenbahnerverbindungen mit den anderen süddeutschen Staaten und mit Frankreich.

Preußischer Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Wenn wir einer unerwarteten Steigerung des Verkehrs gegenüberstehen, können wir nicht in langsamem Tempo unsere Betriebsmittel vermehren. Im übrigen gehören die Lokomotivfabriken einer Vereinigung an, die die Aufgabe hat, die Produktion des deutschen Lokomotivbaus zu steigern. Dies hat für bessere Verbindungen mit den französischen Eisenbahnen eintritt. Es handelt sich aber nicht um eine einladige Eisenbahnfrage, die Projekte müssen auch dem französischen Minister des Krieges und des Auswärtigen vorgelegt werden. Ich muß mir also große Zurückhaltung aneignen. Die Wünsche der Arbeiter werden schriftlich geprüft werden. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter fallen sich denen der Industrie und Landwirtschaft an. Genau ebenso hoch brauchen sie nicht zu sein, da wir ja den Arbeitern noch viele Vorteile bieten, die sie in Privatbetrieben nicht haben.

Abg. Wegel (nl.):

Die Frage der Einheit der deutschen Eisenbahnen ist noch immer nicht gelöst. Mit der Wagengemeinschaft ist zu einem ersten Schritt gekommen und die süddeutschen Bahnen haben gerade auf einen der Wege, die zur Eisenbahngemeinschaft führen, wünschenswert, daß sie ins Leben gerufen wird. Der Kartellismus ist am gefährlichsten gerade in der Verkehrspolitik. Lassen Sie endlich alle heimlichen Bestrebungen fallen und raffen Sie sich zu einer großzügigen Eisenbahnpolitik auf! Wir kämpfen weiter mit der Parole: Wirtschaflichkeit und nationale Einigung im Verkehr!

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Ich danke dem Vordränger dafür, daß er den Gedanken der Eisenbahngemeinschaft besonders vom nationalen Standpunkte betont hat. Ich kann mitteilen, daß der Betriebsmittelerwerb sich vergrößert hat, gegenüber dem Auslande in wichtigen Fragen des Betriebes einheitlich aufzutreten. (Beifall.) Auch hat sich der Verband verpflichtet, bei Abfällen über Sägen und Schwellen einheitlich vorzugehen. (Nähe: Sehr gut!) Das sind erfreuliche Fortschritte. Auch über die noch vorhandene Schwierigkeiten hinsichtlich der großen Wagen werden wir hoffentlich noch zu einer Befriedigung gelangen.

Abg. Carlens (Vorschr. Volksp.):

Das Koalitionsrecht muß den Eisenbahnarbeitern gegeben bleiben, nicht aber das Streikrecht. Unsere Staatsbahnbetriebe müssen Musteranstalten sein. Vorwiegend ist eine Einschränkung des Arbeitslohnsystems. Auf Urlaub müssen die Arbeiter ein Recht haben und gegen willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit sind Kartellen erforderlich. Arbeiter mit 10-tägiger Dienstzeit sollten wegen Arbeitsmangels und vorübergehender Kränklichkeit überhaupt nicht entlassen werden.

Abg. Emmel (Sp.):

Herr v. Breitenbach hat in Sachen des neuen Toggendurchschlags zur Vorfahrt gemahnt. Das heißt auf deutsch: er will von sich aus nichts tun, sondern abwarten. Die Arbeiterfragen aber sind für mich heute die Hauptsache. Der Minister meint, die Löhne brauchen nicht so hoch zu sein wie die der Industriearbeiter, weil die Eisenbahnarbeiter ja noch besondere Vorteile hätten. Gölten aber die Eisenbahnbediensteten wirklich Musteranstalten sein, so müssen auch die Löhne ausreichend sein für den Unterhalt der Arbeiter und ihrer Familien. In den ersten Zeiten des Blochs hat der Beamten und Arbeiter Zulagen versprochen, gehalten aber hat man das Versprechen nur gegenüber den Beamten. Schärfe Mithilung verdient es, wie den Mitarbeitern der Arbeiterauschüsse die Bewegungsfreiheit einzugestehen wird. Demofit ist hoch die Vertrauensmänner der Arbeiter sind, gekannt man ihnen nicht einmal, in Vereinen Mittelungen aus den Ausschüssen zu machen. Wenn man, wie Herr Carlens es will, den Eisenbahnarbeitern das Streikrecht nimmt, so nimmt man ihnen damit auch das Koalitionsrecht überhaupt.

Minister v. Breitenbach:

Ueber die Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahnarbeiter habe ich mich hier schon öfter geäußert. Wir lassen zu Berufungsvereinigungen aller Art. Wir verbieten nur den Anschluß an Vereine, die den Streik propagieren. Die Eisenbahnarbeiter müssen jederzeit bereit sein zu den erforderlichen großen Verkehrsleistungen. Auch dürfen die Arbeiter nicht für die Sozialdemokratie betätigt werden. Im übrigen sind sie frei in ihrer Bewegung nach jeder Richtung. In den großen Vorteilen, die die Eisenbahnarbeiter neben ihren Löhnen haben, gehören vor allem die großen Pensionen. Den Ausschussmitgliedern noch eine besondere Ehrerbietung zu erwahren, daß sie nicht wegen ihrer Meinung und Meinungsäußerungen entlassen werden, ist überflüssig.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.):

fordert festen Lohn und Mindestalter für das Bahnhofs-wirtschafts- und Speisewagenpersonal. Den Kontraktbuch misbilligen wir. Die Staatsarbeiter dürfen nicht streiken. Darin stimmen alle bürgerlichen Parteien überein.

Abg. Werner (Rp.):

stimmt zu.

Abg. Schirmer (3tr.):

Die Verwaltung hinkt mit den Löhnen nach.

Abg. Storz (Wolspartei)

spricht sich gegen den Vorschlag aus, die Anstellung weiblicher Personen in den Bahnhofs-wirtschaften zu verbieten.

Abg. Wölke (Sp.):

fordert weitere Rechte für die Arbeiterauschüsse und bespricht sich über Abfertigungen beim Besuche des Zaren.

Minister v. Breitenbach:

Aus dem Besuche des Zaren sind der Verwaltung keine besonderen Kosten erwachsen. Es ist eine verantwortliche Pflicht, für die Sicherheit fremder Souveräne zu sorgen. Der Minister teilt weiter mit, daß für das Sins- und Sers- lauten der Schlaf- und Speisewagen besondere Verträge abgeschlossen werden, und daß auch dafür gesorgt wird, daß das Personal nicht überanstrengt wird.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Etat wird erledigt. Das Haus vertagt sich.

Montag 12 Uhr: Etat des Reichszantlers und des Auswärtigen Amtes.

Schluß 6 1/2 Uhr.

# Deutsches Reich.

## Der Fall Zintgraff in der Budgetkommission.

# Die Budgetkommission des Reichstages letzte gestern die Beratung des Auswärtigen Amtes fort.

Ein Mitglied der Volkspartei spricht über die Angelegenheit des Dr. Zintgraff. Nach einer Schilderung der bekannten Vorgänge erörtert er die Streitigkeiten zwischen Dr. Zintgraff und dem deutschen Gesandten in Adis-Ababa. Jetzt sei ein Mann auf dem Boden, der noch nie erkrankt habe. Er könne sich von dem Einbruch nicht freimachen, daß unsere Stellung in Abyssinien in Italien etwas verstimme. Er habe gehört, daß man sich für die Gesundheitsfrage in Adis-Ababa ein Wahlmännchen besorgt habe; von welchem Fonds sei das angekauft? Ein nationalliberales Mitglied spricht in gleichem Sinne. Auch wenn er das Persönliche ganz beiseite lasse, müsse er doch seine Verwunderung darüber ausdrücken, daß als Gesandter nach Adis-Ababa ein mit Afrika ganz unbekannter Herr ernannt sei, der sich infolge dessen völlig auf die anderen Gesandten gestützt habe, auch wohl habe stützen müssen. Besonders einer von diesen habe daraus große Vorteile für seine eigene Politik geschöpft.

Staatssekretär v. Schön erklärt: Dr. Zintgraff habe sich sehr bemüht. Nur die Unangut der Verhältnisse habe keine weitere Wirksamkeit verhindert. Daß er ein Gutsdiener sei, sei dem Dr. Zintgraff nicht persönlich zuzuschreiben. Er nahm ohne Einwirkung von hier aus den Abschied, glaubte sein Leben bedroht, floh in die Gesundheitsfrage, während der Herr ein Versteht blieb. Eine Beschäftigung im Reichsdienst für die Dr. Zintgraff in Aussicht genommen war, lehnte er auch ab. Während seines Aufenthaltes in der Gesundheitsfrage kamen die Zustimmungen in Berlin müde dem Gesandten recht geben. Dr. Zintgraff ging dann auf ihn abgebotenen Posten in Kairo, nahm aber den Abschied und wünschte eine Disziplinaruntersuchung. Diese kann aber nur nach eingehender Prüfung verfügt werden. Zintgraffs Verhalten muß auf Krankheit, auch auf Missetatung über das Gebiet seiner Mission sowie auf die klimatischen Einflüsse in Adis-Ababa, die herzlebend und respektbar machen, zurückgeführt werden. Man müßte Herrn Dr. Zintgraff also mildernde Umstände zubilligen. Das Wahrscheinliche habe Dr. Zintgraff hinausgebracht. Es koste dort hin 8000 Mk.; der Posten erscheine in der Rechnung an richtiger Stelle.

Ein nationalliberaler Redner bemerkt, die Behandlung in der Presse lasse scheinen, als ob die deutschen Interessen in Adis-Ababa nicht genügend gewahrt würden. Er müsse die Entsendung des jetzigen Gesandten bedauern; noch mehr, daß diese mit Herrn Zintgraff nicht auskommen könnten. Bei Franzosen und Engländern würde das kaum vorkommen. Besonders der öffentliche Zorn sei sehr unangenehm gewesen; das hätte nicht vorkommen dürfen. Daß Zintgraff sich der Kaiserresorte nicht anmerken wollte, verstoße er notwendig auch auf eine Ermordung fürchte, für die irgend ein besterger Mensch nachher gestraft werde. Jedenfalls hätte die Krankheit des Dr. Zintgraff für den Gesandten genügen müssen, ihm ein festeres Geleit zu besorgen. Allerdings sei keine Gesundheitswaage vorhanden; aber man hätte wenigstens den Stamm zur Bedeckung heranziehen können, dem Zintgraff vertraute.

Es wird dann vertraulich über die Ausweisung des Dr. Steinlöhler aus Abyssinien gesprochen. Der freisinnige Redner bemerkt, er habe die Angelegenheit zur Sprache gebracht, weil ein Systemfehler in der Befolgung der Gesundheitsvorschriften vorliegt.

**Polenentziehung und auswärtige Politik.**

In der „Zukunft“ teilt Maximilian Harden mit, daß die angebotenen Expropriationen von polnischen Grundbesitzern in den Ostmarken, zu denen die Regierung durch die Enteignungsvorlage ermächtigt ist, nicht ausgeführt werden. Abgesehen davon seien Gründe der auswärtigen Politik. Der einflussreiche Polenklub habe dem Reichspräsidenten Minister des Innern Grafen v. Helldorf erklärt, daß er für das Bündnis mit Deutschland nicht mehr eintreten werde, wenn Preußen die Polen tatsächlich enteignen wolle. Graf Helldorf habe darauf in Berlin ersucht, die Enteignung zu vertragen, bis er selbst mit dem Kaiser gesprochen habe. Bei seinem Besuche in Berlin habe er die Situation Herrn v. Bethmann-Hollweg auseinandergelegt, und tatsächlich sei ihm die Vertragung der Expropriation zugesagt worden.

(Selbstverständlich muß Herr Harden die Gewähr für die Richtigkeit der Mitteilung übernehmen. Wahrscheinlich wird die Regierung im Abgeordnetenhaus deswegen interpelliert werden, falls sie nicht vorher durch die offizielle Presse Aufklärung gibt.)

**Der Boholter Frankenkassen-Freit.**

# Man schreibt uns: Unter dem Kampf des Kaiserbandes gegen die eingekerkerten Ärzte leidet die ärztliche Versorgung in beunruhigender Weise. Die Mitglieder im holländischen Grenzgebiet sind immer noch ohne ärztliche Hilfe. In Bohol selbst ist zur Nachtzeit auch die dringenden Fällen nur schwer Hilfe zu erhalten; von den fünf Kaiserärzten haben zwei erklärt, keine Geburtshelfer zu sein. Besonders Aufsehen erregte folgendes Vorwissen: bei einer Frau war nach einem chirurgischen Eingriff eine entzündliche Schwellung des Armes eingetreten; zwei der neuen Ärzte erklärten übereinstimmend eine Operation für den nächsten Tag als notwendig und seien durchgegangen, daß sie für die Erhaltung des Armes nicht eintreten könnten. Zu dem dadurch miträusch gewordenen Angehörigen entbande der Bürgermeister daraufhin den Sgt. Kreisarzt, der eine Operation für ausgeschlossen hielt, da es sich um „Kose“ handle. Trotzdem wurde in einer Versammlung des Kaiserverbandes leitens des Berichterstatters öffentlich behauptet, der Kreisarzt sei doch dahin gekürrt, daß jener Fall einwandfrei behandelt worden sei. Gegen diese Behauptung wurde sich öffentlich im „Boholter Volksblatt“ der Kreisarzt, indem er bekannt gab, daß er die von den De-

handeln den letzten beschlossene Operation für „gegenstandslos und unangebracht“ erklärt habe.

Die ärztliche Versorgung soll also trotz der Beschwichtigungsversuche des verantwortlichen Krankentellenverbandes viel zu wünschen übrig.

# Parlamentarisches.

**Die Kalikommision des Reichstages**

nahm gestern einen Vortrag des Direktors der geologischen Landesanstalt, Geheimrat Professor v. Besjlag, über das Kalifornien auf der Erde entgegen. Das Ergebnis seiner Ausführungen ist, daß zwar an einzelnen Stellen des Auslandes Kalilager gefunden sind oder vermutet werden, aber nicht in abbaubürigen Tiefen oder Mengen, und daß ein in der Hauptsache monopolartiger Charakter für Deutschland angenommen werden könne. Einzelne Mitglieder der Kommission hielten diese Schlussfolgerung für zu optimistisch, aber die Auffassung des Geheimrat Besjlag wird unterstützt durch den nationalliberalen Abgeordneten Bergat Vogel, der als Sachverständiger von der Kommission genommen wird. Man stellte die Frage, weshalb die nationalliberale Fraktion nicht ihr sachverständiges Mitglied in die Kommission delegiert habe. Ein nationalliberaler Kommissionsmitglied erklärt das damit, daß Abg. Vogel es abgelehnt habe, weil er als Angehöriger einer Kaligellösung interessiert sei und nicht mitarbeiten wolle. Er wurde dann als Sachverständiger vernommen.

Die Generaldebatte dreht sich dann um die Frage einer Vertrauensmindernde und der amerikanischen Gefahr. Die Nationalliberalen erklären, es müsse gewiß dafür Sorge getragen werden, daß dem Auslande das Kalz nicht billiger abgegeben wird, aber man dürfe die Existenzbedingungen der deutschen Industrie nicht gefährden, und auch der Handelsminister Sado u erklärt, der Fiskus dürfe mit Rücksicht auf die deutsche Industrie nicht über Zeichen gehen. Von freisinniger Seite wird die Vertrauensmindernde gefahr vollständig bestritten. Das Zentrum erklärt sich gegen den Gesetzentwurf und spricht sich für eine Betriebsgemeinschaft lediglich zur Regelung des Auslandsverkehrs aus. Der Vertreter der Sozialdemokraten meint, daß Regierung, Zentrum und Konserervative in dieser Sache anstehend sind, einzeln und ersucht um die Fortlage des zwischen den dreien in wohl schon vereinbarten Gesetzentwurfes. Handelsminister Enow vermag sich gegen diese Annahme. — Dienstag wird die Generaldebatte fortgesetzt.

# Parteinachrichten.

**Das Landtagsmandat im 6. Berliner Wahlbezirk.**

× Berlin, 12. März.

Als Kandidaten für das Landtagsmandat im 6. Berliner Wahlkreis hat die sozialdemokratische Partei den früheren Abgeordneten von Berlin 12, Adolf Hoffmann, der dort bei den Wahlen im November dem freisinnigen Range unterlag, aufgestellt. Das Mandat im 6. Landtagswahlkreis hat bisher der sozialdemokratische Heilmann inne, der es aus Gesundheitsrücksichten niederlegen mußte. Heilmann war mit 413 sozialdemokratischen gegen 277 freisinnigen Wahlmännerstimmen gewählt worden.

## Heer und Flotte.

**Das Torpedoboot — überlebt?**

Es ist neuerdings in der Presse empfehlend in Anregung gebracht worden, den Bau von Hochseetorpedobooten zugunsten beschleunigter Beschaffung von Unterseebooten zu sistieren. Als Grund für diesen befremdlichen Vorschlag wird angeführt, daß nach der Ansicht deutscher Seeeffiziere das Unterseeboot das Torpedoboot allmählich verdrängen werde. Nun ist zwar nie ein derartiger Wunsch, noch eine solche Auffassung aus Kreisen deutscher Seeeffiziere zu Ohren gekommen, auch in der Presse hat man solche nicht vertreten, wohl aber liegt einiger Anlaß zur Vermutung vor, daß hier eine Verwechslung mit den Aufblasungen befehlt, welche in dem neuen französischen Flottentypus und der diesem angelehnten, bis zum Jahre 1910 reichenden Bauverteilung im Ausdruck kommen. Die Franzosen legen keineswegs jene für den jetzigen Stand der Entwicklung des Torpedoboots, für den Hochseebetrieb — und das mag auch den deutschen Unterseebootenkonstruktionen zum Nachdenken empfohlen sein — hält man vielmehr in Frankreich das Unterseeboot noch keineswegs für geeignet, sondern bezieht sich nach jahrzehntelanger Ablehnung zum deutschen Grundbesitz, der Verwendung von wirtlichen Hochseetorpedobooten in englischer Anlehnung an die Schiffsflotte.

Die Stärke der deutschen Torpedobootflotte ist im Jahre 1908 bei ungeheurer Zustimmung des Reichstages auf einen Bestand von 144 Booten festgesetzt worden. In jahresweiser, fortiger Arbeit hat sich diese Flotte technisch und militärisch auf ihre jetzige Höhe entwickelt, wie sie in der ganzen Welt als vorbildlich anerkannt wird. Die Leistung, die wir von ihr in einem Kriege erwarten, gründet sich auf die Erfahrung langjähriger, kriegsmäßiger Übungen, nicht aber auf Hypothesen, vermehrt mit „etatpolitischen Ermächtigungen“, welche ja im wesentlichen die Grundlage für die Einbürgerung des Unterseebootes von heute und seiner angenommenen zukünftigen Entwicklung bilden. Tatsächlich ließe sich kaum ein tauglicheres und unrichtigeres Verfahren denken, als Einschränkung der Torpedobootflotte zugunsten der unterseeischen.

# Ausland.

**Was Lueger werden wollte . . .**

# Wie früh der politische Betätigungsdrang und der Ehrgeiz in dem jetzt verstorbenen Wiener Stadtregenten erwacht war, erhellt aus einer bemerkenswerten Anabänderung Luegers, die ein Lezer der „Frankf. Zig.“ mitteilt. Sie wurde ihm von dem Sohn des Chemieforschers Reuter übermittelte, der an der Wiener Technischen Hochschule der Vorgehens von Luegers Vater, einem Diener im chemischen Laboratorium, war. Der Laboratoriumsdiener wurde eines Tages vom Professor gefragt, wie sich Karl magte.

„Ich kann nicht klagen; nur daß es zu hoch hinaus will, geht mir nicht ein; er hat sich in der Kopf gesetzt

und jagt's regelmäßig: „Minister will ich werden, nichts anderes!“

Sein Einfluß war in späteren Jahren größer als der anderer Minister, und mehrere seiner Trabanten hat er zu Ministern gemacht.

# Letzte Nachrichten.

**Vom Kaiserhofe.**

× Berlin, 13. März. (Privattelegramm.) Das Kaiserpaar und die Prinzessin Victoria Luise nehmen nach Otem im königlichen Schloß zu Somburg a. d. Söbe auf längere Zeit Wohnung. — Am 13. April wird der Kaiser mit dem Großherzog und der Großherzogin von Sachsen-Weimar die Wartburg besuchen.

**„Zurempelungen in der „Wahrheit“.**

H. Hannover, 12. März. Wegen ganz unqualifizierter Angriffe im Berliner Organ, „Die Wahrheit“, des Herrn Bruhn gegen den Verleger des „Hannoverschen Couriers“ und dem Vorsitzenden des Deutschen Zeitungsbereichs Dr. Max Zündel in der letzten Nummer, hat dieser, wie wir erfahren, die notwendigen gerichtlichen Schritte unternommen. Die Befeldigungen beziehen sich auf Äußerungen Maximilian Harbens und im Zusammenhang damit soll das Abschickselbuch des Herrn Dr. Zündel als Referentatun stehen.

**Materia! zum Fall Duez.**

h. Paris, 12. März. Martin Gauthier, einer der Angefallenen des Liquidators Duez, ist gestern abend in Neuvers verhaftet worden. Er wohnt bei seiner Mutter. Eine Hausdurchsuchung, die sofort vorgenommen wurde, führte zur Beschlagnahme einer umfangreichen Korrespondenz, eines Scheckbuchs und eines Schecks in der Höhe von 15 000 Francs bei einer Pariser Kreditbank.

Martin Gauthier wird nach Paris gebracht, wo die Untersuchung gegen ihn stattfinden wird. Der Spezialkommissar Birelet, der mit der Untersuchung beauftragt ist, hat erfahren, daß Duez in der Montifraße mehrere Zimmer inne hatte. Er bezog sich dort dorthin und stellte fest, daß Duez dort tatsächlich 5 Zimmer, die nicht miteinander verbunden waren, gemietet hatte. Eine Unmenge Aktenbände wurden vorgefunden, die sich sowohl auf die Liquidation der Kongregationen, wie auch auf andere Affären beziehen. Duez hat bisher in den Verhören keine Anspielung auf das Vorhandensein dieses Archives gemacht. Die Akten wurden mit Gerichtssiegel belegt. Man hofft, wichtige Dokumente darunter zu finden.

**Neue Luftschifführungen in Höl.**

Köln, 12. März. (Privattelegramm.) Für Köln sind neue Luftschifführungen geplant, die am 4. April beginnen und etwa 6 Wochen dauern sollen. An diesen Übungen werden teilnehmend Z. II. M. I. und der neue P. III. Die Übungen sollen hauptsächlich der Ausbildung von Offizieren und Ingenieuren dienen.

**Zum Tode verurteilt.**

H. Mainz, 12. März. Der 21jährige Hausburische Franz Selzer aus Pledersheim war heute vor den hiesigen Geschworenen des Nordes angeklagt. Er soll in der Nacht zum 10. November in der Wohnung der Witwe Scheid in Worms a. Rh. den Lehrer Christian Zruget aus Bosenheim auf Anraten der Witwe ermordet haben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig. Er wurde mit den üblichen Nebenstrafen zum Tode verurteilt.

**Der Diebstaubant Wilhardt nicht gestraft.**

Frankfurt a. M., 12. März. (Privattelegramm.) Nach sechsmonatlicher Beobachtung in der hiesigen Irrenanstalt wurde gegen den Diebstaubanten der Mitteldeutschen Kreditbank, Wilhardt, am 6. März die Untersuchung bei Gericht wieder eröffnet. Man hatte in der Irrenanstalt festgestellt, daß Wilhardt nicht geisteskrank sei.

**Unterhaltungsblatt.**

Frau Leinwand. Erzählung von Heinrich Doe. (Fortf.) — Die Koberbraut. Humoreske von Oskar Werner. — Mühlberg an der Elbe. Von Maximilian Lorenz. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Bunte Zeitung. — Der Büchertisch. — Schach und Rätsel.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinckmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erik Polchow; für das Feuilleton und Vermischtes; i. V. Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Friedrich Endraut; Druck und Verlag von Otto Hensel.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten. einschließlich Unterhaltungsblatt.

**Schinnen**

Haarausfall entfernt sicher und schnell, laut zahlreichen ärztlichen Attesten. Dr. Kühners Simon-Haarwasser, Radikalheilg., Kosmetikum. 11. u. 13. Probe Nr. 2. J. F. Schwarze S. H. H., Heil- u. H. des Kaiser, Berlin. — Ueberall erhältlich.

